

Neues von Valerie Wilms

Frühling 2014

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



Grüne Kraft voraus!

Weiter geht's

Nach über einem halben Jahr ist der Bundestag endlich wieder handlungsfähig. Als kleinste Fraktion und Teil einer Mini-Opposition wird die Arbeit deutlich anders aussehen als in der letzten Wahlperiode.

Nach einem sehr schwierigen Wahlkampf, der für uns Grüne mit einigen Enttäuschungen endete, hatte ich selbst eine große Portion Glück: als letzte Abgeordnete bekam ich vom Bundeswahlleiter erst morgens um 2:45 Uhr das letzte von zwei Ausgleichsmandaten für die Grünen zugeteilt. Dank neuem Wahlrecht bin ich damit auch Abgeordnete des 18. Deutschen Bundestages und die Grünen in Schleswig-Holstein haben weiterhin drei Parlamentarier in Berlin. Dafür sage ich danke an alle, die den Wahlkampf unterstützt und ihre Kraft und Zeit gegeben haben.

Es kommt weiter auf uns an.

In den Wochen nach der Wahl haben wir uns intensiv mit unseren Fehlern im Wahlkampf auseinander gesetzt. Auch wenn dieser Prozess noch nicht abgeschlossen ist, sollten wir jetzt nach vorne schauen, denn wir sind keinesfalls bedeutungslos: Je kleiner die Opposition, umso größer ist ihre Bedeutung. Im neuen Bundestag werden nur noch ein knappes Fünftel der Abgeordneten kritische Fragen öffentlich stellen und die meisten Reden werden sich in Lobhudelei für die Regierung oder in Belanglosigkeiten ergehen. Das heißt: Wir sind zwar klein, aber es kommt auf uns an. Lasst uns unbequem sein, wenn Großkoalitionäre Beschlüsse hinter verschlossenen Türen machen. Damit hinterfragt wird, was nicht nachhaltig oder auch schlicht falsch ist. Damit Widersprüche klar werden und Unsinn möglichst verhindert wird.



Meine Themen: Mobilität und Nachhaltigkeit

In dieser Wahlperiode werden entscheidende Weichen gestellt: Mit dem neuen Bundesverkehrswegeplan legen wir langfristig fest, wie sich die Mobilität in Deutschland entwickeln wird. Ich bin deswegen Obfrau im Verkehrsausschuss geworden und werde als Berichterstatterin für Verkehrsinfrastruktur, maritime

Politik sowie Güterverkehr und Logistik arbeiten. Als Nachhaltigkeitsbeauftragte werde ich genau prüfen, ob die Bundesregierung nachhaltige Gesetzesinitiativen vorlegt. Dazu werden in einem internationalen Verhandlungsmarathon neue Nachhaltigkeitsziele durch die Vereinten Nationen verabschiedet. Die großen Fragen sind hier: Schaffen wir einen lebenswerten Planeten ohne Armut und können wir den Klimawandel begrenzen?

Mitmachen statt Kungeln

Ich bin dafür angetreten, klar zu sagen wofür ich stehe und was ich umsetzen möchte. Mein Angebot ist weiter: Kommt und sagt, was euch nicht passt. Lasst uns zusammen weiter grüne Politik machen. Lasst uns dabei auch unsere eigenen Vorschläge kritisch überprüfen und über den Tellerrand schauen. Denn dann – davon bin ich fest überzeugt – können wir auch aus der Opposition heraus gestalten.

Herzliche Grüße

Wem nützt die CSU-Maut?

Eines der umstrittensten Themen des Koalitionsvertrages ist eine PKW-Maut für Halter nicht in Deutschland zugelassener Fahrzeuge. Ist das Ganze der Einstieg in die Vignette für alle – bei gleicher Kfz-Steuer?

Als Wahlkampfhit der CSU wurde die sogenannte „Ausländer-Maut“ trotz großer Skepsis bei CDU und SPD zum Regierungsauftrag. Jetzt muss der neue Verkehrsminister Dobrindt ein Gesetz vorlegen, das europarechtskonform ist und gleichzeitig keine deutschen Autofahrer zusätzlich belastet. Viele sehen das als Quadratur des Kreises. Die Fachwelt ist sich weitestgehend einig: Eine solche Maut ist unsinnig – sie würde kaum Mittel bringen und dazu ein bürokratisches Monstrum werden. Aber solche Fragen scheinen für die CSU kaum von Relevanz zu sein,

denn schon jetzt hat die Maut-Diskussion im Bundestags- und im Europawahlkampf ihren Zweck erfüllt. Außerdem konnte Seehofer „Wort halten“, als die Formulierung tatsächlich in den Koalitionsvertrag kam. Jetzt ist die Frage, ob Dobrindt die Pläne nach der Europawahl selbst beerdigt oder ob das Ganze zum Einstieg in die Nutzerfinanzierung durch alle wird – und die versprochene Senkung der Kfz-Steuer ausfällt. Wir dürfen gespannt sein.



Zähes Ringen

Pünktlich zur Wahl legte die sogenannte Bodewig-Kommission parteiübergreifend eine klare Analyse zur Zukunft unserer Verkehrswege vor. Drei Wochen später begannen die Koalitionsverhandlungen und mit am Tisch saßen teilweise die gleichen Leute. Wenn man den Koalitionsvertrag liest, fragt man sich, wo die Verkehrspolitiker von Union und SPD bei den Verhandlungen tatsächlich gewesen sind: Statt den notwendigen 7,2 Milliarden jährlich sollen nun in vier Jahren nur fünf Milliarden „zusätzlich mobilisiert“ werden – das ist weniger als ein Fünftel des Notwendigen. Schon jetzt wird deutlich: In der neuen Wahlperiode wird es ein zähes Ringen um den Erhalt von Straßen, Schienen und Wasserstraßen geben.



Ämterreform

Die große Koalition hat im Dezember ihre Arbeit aufgenommen. Interessant wird bei der Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV), ob die Regierung den eingeschlagenen Weg weiter umsetzt – oder ob der Koalitionspartner SPD mit der Forderung nach einer Aussetzung der Reform durchkommt. Danach sieht es zwar bisher nicht aus, aber bis kurz vor der Wahl hatte die SPD einen Stopp gefordert, die Haltung zu einem Reformgesetz blieb unklar. Der neuen Regierung muss dabei jetzt genau auf die Finger geschaut werden. Klar ist weiterhin: Für eine effizientere WSV ist eine Reform dringend nötig, die zusammen mit den Mitarbeitern vor Ort umgesetzt werden muss.



Neuer maritimer Koordinator, neues Glück?

Ob die neue Bundesregierung wichtige Schifffahrtsthemen aufgreift, kann bezweifelt werden – denn dazu müsste das Amt des maritimen Koordinators aufgewertet werden.

Es sind viele Aufgaben, die auf Uwe Beckmeyer (SPD), den neuen maritimen Koordinator der Bundesregierung, zukommen – doch bei den meisten Themenfeldern ist er nur mitberatend und kann nur wenige Vorgaben machen. Als Staatssekretär im Wirtschaftsministerium ist er für Meeresbergbau, Piraterie und Maritimes Bündnis zuständig – bei vielen anderen Fragen ist er nur mitberatend. Schon der Vorgänger im Amt musste immer wieder erleben, dass er bei entscheidenden Problemen – wie der Lösung der Schifffahrtskrise, der Zukunft der Offshore-

Windenergie oder dem Schutz der Meere – fast keinen Einfluss hatte. Auch die neue Bundesregierung löst dieses Zuständigkeitswirrwarr nicht auf. Es wird interessant, ob und wie Uwe Beckmeyer als SPD-MdB die Probleme löst, die er in der Vergangenheit stets wortgewaltig kritisiert hat. Er muss sich daran messen lassen, welche Vorschläge er bietet, um Jobs zu sichern und einen Weg aus der schwersten Krise seit Jahrzehnten zu finden. Deutschland kann weltweit vorangehen und Akzente setzen – vor allem für eine zukunftsfähige und nachhaltige Schifffahrt.

Wie wichtig ist Nachhaltigkeit?

Die Ausschüsse stehen, nur der Nachhaltigkeitsbeirat pausiert immer noch. Ist Nachhaltigkeit deswegen das Unwichtigste im Deutschen Bundestag?

Seit Mitte Januar sind 22 Ausschüsse des Bundestags wieder eingesetzt – nach einer historisch langen Pause. Das 23. Gremium in der vergangenen Wahlperiode war der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung. Derzeit gibt es ihn (noch) nicht. Er ist keinem Ministerium zugeordnet, denn er arbeitet fachübergreifend. Das ist aber kein Grund, ihn noch nicht einzusetzen. Schließlich begleitet er die Nachhaltigkeitspolitik der Bundesregierung und es gibt viel Arbeit für den Nachhaltigkeitsbeirat. Zum einen kontrolliert er, ob die Bundesregierung ihre Gesetzesinitiativen auf Nachhaltigkeit prüft. Diese Aufgabe übernimmt nur er. Obwohl dies den Ausschüssen nicht verwehrt ist, kümmern sich diese nicht darum. Denn die Ausschüsse haben oft Scheuklappen auf und interessieren sich nur für die eigenen Fachbelange. Man will mehr Rente, mehr Straßen – aber zu wenig wird an die Zukunftsfähigkeit des Landes

gedacht, wenn Wahlversprechen erfüllt werden sollen. Also, ob die Politik auch zukünftig gut für die Menschen, die Umwelt und die Wirtschaft ist. Denn es geht darum, dass die Jungen nicht die Schulden der Alten bezahlen müssen, dass unsere Erde nicht unumkehrbar geschädigt wird und Menschen leiden müssen, damit andere gut leben können. Nachhaltigkeit betrifft alle Fachbereiche. Nur will man das zu oft nicht wissen, versteht es als Einmischung. Solange das so ist, brauchen wir diesen Nachhaltigkeitsbeirat. Seine Aufgabe ist dann erfüllt, wenn jeder Fachbereich Nachhaltigkeit von Anfang an mitdenkt. Erst wenn wir das erreicht haben, würde der Nachhaltigkeitsbeirat überflüssig. Mein Ziel für diese Legislaturperiode ist es, die Arbeit in den Fachausschüssen in diese Richtung zu bewegen. Um das zu erreichen, muss der Nachhaltigkeitsbeirat zügig eingesetzt werden und mehr Kompetenzen erhalten.

Globale Ziele für Entwicklung und Umwelt

Aus den Entwicklungszielen werden Nachhaltigkeitsziele

Die Millennium Development Goals, kurz MDGs genannt, sollten Entwicklungsländern auf die Beine helfen. Es ging um Beseitigung von Hunger und Armut, um eine verbesserte Gesundheitsversorgung, sauberes Trinkwasser, um Bildung und Frauenrechte und um mehr Umweltschutz. 2015 sollen die Ziele erreicht sein. In manchen Bereichen gibt es Fortschritte, in anderen weniger. Seit deren Beschluss im Jahr 2000 hat sich zudem einiges geändert. Aus manchem Entwicklungsland wurde ein Schwellenland und die Erdbevölkerung hat rasant zugenommen. Die Grenzen der Erde rücken näher. Deshalb

arbeiten die Vereinten Nationen jetzt an Zielen, mit denen die Entwicklungsländer weiter unterstützt werden, die aber auch die Industrieländer zu einem wirtschaftlichen Wandel in Richtung „Grüne Wirtschaft“ anhalten. Deutschland teilt sich in der 30köpfigen Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen einen Sitz mit Frankreich und der Schweiz, sitzt also mit am Tisch. Im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung werde ich mich dafür einsetzen, dass Deutschland als Industrienation mit hohen Emissionen und Ressourcenverbrauch ehrgeizige Ziele fordert.



Peer Review der deutschen Nachhaltigkeitspolitik

International renommierte Experten bewerteten Deutschlands Zukunftsfähigkeit

Deutschland sollte mutiger vorgehen, so kann man den Bericht der internationalen Experten kurz zusammenfassen. Die Wirtschaftskrise sei beherzt angegangen worden, für die Energiewende fehle aber ein Plan. Das würde gar nicht zu Deutschland passen, meinte Björn Stigson, der Leiter der Gruppe, bei der Vorlage des Berichtes. Wer sonst, meinte er, könnte die Energiewende stemmen, wenn Deutschland das nicht tut. Aber es geht um viel mehr. Kli-

mawandel, abnehmende Ressourcen bei steigenden Abfallbergen, Hunger und Armut, Verletzungen von Menschenwürde und Menschenrechten sind große Herausforderungen, die seit Jahrzehnten bekannt sind. Trotz Nachhaltigkeitsstrategien passiere da zu wenig. Im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung werde ich dies thematisieren.



Wie weiter mit der A 20?

Der Weiterbau der Autobahn Richtung Westen nach dem Anschluss an die A 7 bleibt umstritten.

Fast nichts in der Küstenkoalition scheint so konfliktgeladen zu sein wie der Weiterbau der A 20. Für die einen ist es schiere Notwendigkeit für die Zukunft von Schleswig-Holstein, für andere eine überflüssige und teure Straße mit kaum erkennbaren Effekten, ein Relikt aus den Zeiten der deutschen Wiedervereinigung. Die Frage ist: Will das Land Geld für Planungen ausgeben, obwohl völlig offen ist, wie und wann der Bau finanziert wird? Bisher hat die Autobahn etwa 2 Milliarden Euro gekostet – mit etwa 3 Milliarden zusätzlich sollte man mindestens bis zur Fertigstellung rechnen. Die Mittel für Neubauten gehen seit Jahren zurück, weil der Erhalt bestehender

Stecken immer mehr verschlingt. 2013 waren es bundesweit etwa 700 Millionen Euro für Autobahnen. Gleichzeitig stehen insgesamt 850 Kilometer neue Autobahnen auf Wunschlisten; hinzu kommen 1650 Kilometer, die ausgebaut werden sollen. Bundesweit gibt es Pläne für „vordringliche“ Straßenprojekte mit einem Gesamtvolumen von fast 30 Milliarden Euro – dafür würde man mindestens 40 Jahre brauchen. Wie realistisch ist damit eine Fertigstellung der A 20 und will Schleswig-Holstein für eine so unsichere Finanzierung Planungsgelder ausgeben? So lange es hier keine Klarheit gibt, sollte das Land seine Mittel an anderer Stelle einsetzen.

S 4 noch zu teuer

Im Januar sickerten Details zu den Kosten der S 4 von Hamburg über Ahrensburg nach Bad Oldesloe durch. Derzeit werden im Bundesverkehrsministerium Projektlisten für den neuen Bundesverkehrswegeplan erstellt und das Land hatte die S-Bahn-Strecke angemeldet. Obwohl die Projekte erst im Laufe des Jahres öffentlich gemacht werden sollen, wurden jetzt Details zur S4 „durchgestochen“: Die Kosten lassen das Projekt offensichtlich unter die Wirtschaftlichkeitsschwelle sinken – der Bund dürfte also gar kein Geld geben. Deswegen muss jetzt nachgebessert werden. Das Land muss prüfen, wie es Kosten senken kann, wenn die Strecke eine Chance haben soll. Ein solches Vorgehen ist normales Verwaltungshandeln. Die Strecke ist ein wichtiges Projekt für Schleswig-Holstein und Hamburg – aber sie muss bezahlbar bleiben.

Valerie Wilms unterwegs

Bei einem Besuch der Agentur für Arbeit in Elmshorn standen die Themen Langzeitarbeitslosigkeit und das Bundesprojekt „Perspektive 50+“ auf der Agenda. Zusammen mit der Kreisvorsitzenden Resy de Ruijscher und der Landtagsabgeordneten Ines Strehlau wurde auch über den Übergang von Schule zum Beruf gesprochen. So wurde im Rahmen des Handlungskonzeptes „Schule & Arbeitswelt“ eine regionale Steuerungsgruppe installiert. Für 2014 stehen Fragen, wie das Arbeitsangebot und der Bedarf noch besser zusammen geführt werden können, im Mittelpunkt. In der Region soll geholfen werden, den Fachkräftebedarf zu decken und Arbeitslosigkeit früher zu beenden. Die Arbeitsagentur und die Politikerinnen wollen sich jetzt jährlich treffen.



Veranstaltungshinweise:

- 31.03. in Berlin: Fachgespräch „Wem nützt die CSU-Maut?“
- 07.04. in Berlin: Fachgespräch „Zukunft der Nautik-Ausbildung“
- 02.06. in Berlin: Konferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung

Kontakt (V.i.S.d.P.): Valerie Wilms | www.valerie-wilms.de | Twitter: WilmsVal

Mitglied des Deutschen Bundestages | Obfrau im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur | Nachhaltigkeitsbeauftragte

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 - 227-71682
Fax: 030 - 227-76289
valerie.wilms@bundestag.de

Wahlkreisbüro Pinneberg

Damm 48
25421 Pinneberg
Telefon: 04101 - 553985
Fax: 04101 - 553986
valerie.wilms@wk.bundestag.de